

Wettbewerbskonforme Stromgroßhandelspreise

Eine Untersuchung der Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes

von
Selma Konar

1. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 67297 2

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schriftenreihe
Energie- und Infrastrukturrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Christian Theobald
Prof. Dr. Jürgen Kühling
Christian Held

Band 23



Wettbewerbskonforme Stromgroßhandelspreise

Eine Untersuchung der Verordnung
über die Integrität und Transparenz
des Energiegroßhandelsmarkts

von

Selmar Konar

2015



www.beck.de

ISBN 978 3 406 67297 2

© 2015 Verlag C.H. BECK oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Typo&Grafik, Berlin

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigen Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Geleitwort

Eine funktionsfähige Infrastruktur ist seit jeher eine Voraussetzung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. So bezeichnete schon *ADAM SMITH* – als eine von drei Ausnahmen der Güterallokation über den Markt – die Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche Infrastruktur als Staatsaufgabe. Nicht zuletzt die Erkenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften, dort in der Netzökonomie sowie der Institutionenökonomik, und der ökonomischen Analyse des Rechts in den vergangenen 30 Jahren haben der seit Jahrhunderten geführten Diskussion der „richtigen“ Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft eine neue Dimension verliehen. In vielen Bereichen scheint sich der bisherige Leistungsstaat zum Gewährleistungsstaat zu wandeln, der sich auf die Überwachung der Erfüllung der Aufgaben durch Private beschränkt. Eine zentrale Frage ist und wird auch künftig immer bleiben, wer für die Bereitstellung der wesentlichen Infrastruktureinrichtungen verantwortlich ist. Hierzu zählen wir neben den klassischen Infrastrukturen des Straßen-, Schiffs- und Schienenverkehrs, der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung auch die Bereiche des Luftverkehrs, der Telekommunikation, der Postdienste sowie des Rundfunkwesens. Die meisten der genannten Bereiche sind auf das Vorhandensein von festen Leitungen bzw. Trassen oder aber Netzsystemen angewiesen, welche entweder aus tatsächlichen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen, nicht beliebig duplizierbar sind.

Die derzeitige Fragmentierung dessen, was auch als Daseinsvorsorge oder Erfüllung öffentlicher Aufgaben verstanden wird, führt nicht zuletzt zu einer zunehmenden Zahl von Spezialgesetzen: Eine entsprechende parallele Rezeption in immer neuen Spezialzeitschriften und Kommentierungen der Fachgesetze verleitet mehr und mehr dazu, das Ganze, d.h. die wesentlichen Gemeinsamkeiten und zugleich die wesentlichen Unterschiede, aus den Augen zu verlieren, ein Phänomen der, um mit den Erkenntnissen der Luhmann'schen Systemtheorie zu sprechen, Ausdifferenzierung der Gesellschaft im Allgemeinen und des Rechts im Besonderen.

Dem gegenwirkenden, erforderlichen ganzheitlichen Ansatz soll die im Jahr 2002 begründete Schriftenreihe Rechnung tragen. Da das Energiewirtschaftsrecht als ein Bestandteil des übergeordneten Infrastrukturrechts gegenwärtig das wohl wirtschaftlich bedeutsamste und auch pu-

blizistisch am intensivsten bearbeitete Rechtsgebiet ist, hat sich aus unserer Sicht die Bezeichnung „Energie- und Infrastrukturrecht“ angeboten. Die Schriftenreihe behandelt Rechtsfragen aus der Energie- und der übrigen Infrastrukturwirtschaft im oben erläuterten Sinne. Kommunalrecht, Vergabe- und Wettbewerbsrecht, Europa- und Verfassungsrecht sowie interdisziplinäre Betrachtungen werden dabei ständig eine wichtige Rolle spielen.

Der ganzheitliche Ansatz soll auch durch die Herausgeber gewährleistet werden, die rechtswissenschaftliche Tätigkeit und anwaltliche Praxis repräsentieren. Im Kreis der Herausgeber ist es mit dem vorliegenden Band zu einem Wechsel gekommen. Unsere Mitbegründerin Frau Univ.-Prof. Dr. Gabriele Britz hat nicht zuletzt wegen ihrer ehrenvollen, aber zeitintensiven Aufgabe als Richterin am Bundesverfassungsgericht entschieden, ihren „Staffelstab“ weiterzureichen. Gemeinsam mit dem Verlag danken wir ihr sehr für ihr Mitwirken über all die Jahre, gleichzeitig freuen wir uns darauf, dass wir mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Jürgen Kühling, LL.M. (Brüssel) von der Universität Regensburg einen ausgezeichneten Nachfolger neu in unserer Mitte begrüßen dürfen. In einer Zeit, die durch grundsätzliche Veränderungen und Umbrüche in den betroffenen Rechtsgebieten gekennzeichnet ist, wollen die Herausgeber Zeichen setzen. Dogmatische Konturen und praktische Relevanz sind dabei die Anliegen.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Transparenz-, Wettbewerbs- und Aufsichtsstrukturen auf dem Stromgroßhandel. Ausgangspunkt der Arbeit bildet die Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 vom 8.12.2011, kurz: „REMIT“), welche die Transparenzanforderungen gegenüber den Aufsichtsbehörden sowie den Marktteilnehmern erheblich ausbaut und einheitliche Verbote gegen die bekanntesten Formen des Marktmissbrauchs auf dem Energiegroßhandelsmarkt installiert. Die Verfasserin nähert sich der Untersuchung der Verordnung, indem sie die Wettbewerbsverhältnisse im Bereich der Stromerzeugung und des Stromgroßhandel in der Zeit vor Erlass des Unionsrechtsakts ebenso beleuchtet, wie die Transparenz- und Aufsichtsstrukturen auf dem Markt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung verknüpft die Autorin mit theoretischen Überlegungen, wie die Transparenz- und Aufsichtsstrukturen auf dem Stromgroßhandel idealerweise ausgestaltet sein sollten. Im Anschluss – und Mittelpunkt der Arbeit – stehen die mit der REMIT verbundenen Umwälzungen des Stromgroßhandels. Dabei beschäftigt sich die Autorin im Besonderen mit den neuen Aufsichtsstrukturen auf dem Markt, den für die Marktteilnehmer relevanten Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten, den daran anknüpfenden

Compliance-Anforderungen, den nunmehr geltenden Verboten zum Marktmissbrauch sowie dem damit verbundenen Sanktionskatalog. Dabei gelingt es der Verfasserin die besonderen Herausforderungen der mit der Verordnung verbundenen Pflichten für die Marktteilnehmer herauszuarbeiten, die Schwachpunkte des Unionsrechtsaktes zu beleuchten und hierfür geeignete Lösungsansätze aufzuzeigen. Gleichzeitig liefert die Autorin eine Analyse der Transparenz- und Aufsichtsstrukturen des im Umbruch befindlichen Handels für erneuerbare Energien sowie des Emissionshandels und entwickelt neue Denkansätze zur Umstrukturierung der Rahmenbedingungen der Märkte.

Berlin und Regensburg, im August 2013

Die Herausgeber

beck-shop.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im März 2014 von der Fakultät II der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg als Dissertation angenommen. Für die Drucklegung wurden noch einzelne Abschnitte der Arbeit ergänzt.

Mein tiefer Dank gilt an erster Stelle meiner Doktormutter Professorin Dr. Christine Godt, die die Arbeit in ihren einzelnen Phasen unterstützt und mir mit ihrem Zuspruch, wertvollen Hinweisen sowie anregenden Gesprächen stets zur Seite stand. Professor Dr. Hanns Ullrich möchte ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens und die anregende Diskussion in der Disputation danken.

Ferner danke ich den Herausgebern dieser Schriftenreihe, Professor Dr. Christian Theobald, Herrn Christian Held und Professor Dr. Jürgen Kühling, für die Aufnahme meiner Arbeit. An dieser Stelle möchte ich auch meinem Chef, Herrn Matthias Albrecht, danken, der sich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe eingesetzt und einen großzügigen Druckkostenzuschuss für die Veröffentlichung der Arbeit ermöglicht hat.

Mein besonderer Dank gilt zudem meinem Freund, Dr. Stephan Serr, der mich bei der Erstellung der Arbeit stets unterstützend begleitet und die Arbeit vor ihrer Abgabe sorgfältig und kritisch begutachtet hat. Diesen Dank schulde ich auch meiner Schwester Laura, die sich ebenfalls der Korrekturlektüre meiner Arbeit angenommen hat. Zuletzt möchte ich meinen Eltern und insbesondere meiner Mutter Irmgard danken, die mir in all meinen Lebensphasen den nötigen bedingungslosen Rückhalt gibt und mich immer mit allen Mitteln gefördert hat.

München, Juli 2014

Selma Konar

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII
§ 1 Wettbewerbskonforme Preisbildung auf dem Stromgroß- handelsmarkt	1
A. Der Großhandelspreis für Strom	1
B. Gang und Ziel der Untersuchung	2
§ 2 Die Wettbewerbssituation im Bereich Stromerzeugung/Strom- großhandel	5
A. Einführung in den Handel mit Strom	5
I. Handelsformen	6
II. Stand der Entwicklung der Märkte	7
III. Der Stromgroßhandel an der Börse	8
IV. Der OTC-Markt	9
V. Ergebnis	10
B. Erforderlicher ordnungspolitischer Rahmen	10
I. Ausgangslage	11
II. Leitbilder der Wettbewerbspolitik	12
III. Schlussfolgerung	16
C. Marktmissbrauch auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt	17
I. Preisbildung im Stromgroßhandel	17
II. Formen von Marktmissbrauch	19
III. Rechtmäßige Gründe für Preise über dem Marktpreis ..	23
IV. Zwischenergebnis	24
D. Die Regelungen gegen Marktmissbrauch vor Erlass der REMIT	24
I. Der Terminhandel an der Börse	24
II. Aufsicht des Spothandels an der Börse	28
III. Der Code of Conduct	35
IV. Bestimmungen gegen Marktmissbrauch am OTC-Markt ..	36
V. Bewertung	38

E.	Überprüfung der Wettbewerbsverhältnisse im Bereich Stromerzeugung und Stromgroßhandel anhand des Kartellrechts . . .	39
	I. Der relevante Markt	40
	II. Marktbeherrschung	46
	III. Bewertung	55
F.	Tatsächliche Ausübung von Marktmisbrauch auf dem Stromgroßhandel	56
	I. Argumente gegen den tatsächlichen Missbrauch von Marktmacht in Form der Kapazitätszurückhaltung	56
	II. Bewertung	58
	III. Geführte Verfahren wegen Marktmisbrauch	60
G.	Würdigung	61
§ 3	Markttransparenz als Rechtfertigung einer Marktregulierung	63
A.	Die Gewährleistungsverantwortung des Staates	63
B.	Rechtfertigungsgründe für die Regulierung des Stromgroßhandels	64
	I. Kategorien des Marktversagens	65
	II. Sicherstellung der Versorgung mit Strom als Auslöser eines Zielkonfliktes	68
	III. Ergebnis	69
C.	Transparenz im Horizontalverhältnis	69
	I. Das richtige Maß an Transparenz	69
	II. Theorie des Geheimwettbewerbs	70
	III. Gefahr von strategischen marktschädigenden Verhaltensweisen	71
	IV. Marktzutrittsschranke durch eine Mehrbelastung der Marktteilnehmer	71
	V. Ergebnis	72
D.	Kriterien für das richtige Maß an Transparenz	72
	I. Schutz eines bestimmten Rechtsgutes	72
	II. Marktstruktur und Art des betroffenen Produkts	73
	III. Differenzierung nach Wettbewerbs- oder Kontrollinformation	74
	IV. Informationsbereitstellungsaufwand	75
	V. Art und Weise sowie Zeitpunkt der Informationsbereitstellung	76
	VI. Ergebnis	77

E.	Informationsasymmetrien auf dem Stromgroßhandel als Rechtfertigung der Marktregulierung	78
	I. Informationen zur Erzeugung und zum Verbrauch von Strom	78
	II. Veröffentlichungspflichten der Stromnetzbetreiber	84
	III. Offenlegungspflichten handelsrelevanter Marktdaten ...	91
	IV. Ergebnis	96
§ 4	Die Aufsichtsstrukturen im Stromgroßhandel	97
A.	Das europäische Aufsichtswesen	97
	I. Die Europäische Kommission	98
	II. Die ACER	100
B.	Das nationale Aufsichtswesen	109
	I. Die Bundesnetzagentur als zentrale Regulierungsbehörde	109
	II. Die Kartellbehörden in der Energiewirtschaft	111
	III. Die Missbrauchsaufsicht an der Börse	113
	IV. Bewertung der nationalen Aufsichtsstruktur	116
§ 5	Die REMIT	117
A.	Reichweite der REMIT	117
	I. Sachlicher Anwendungsbereich	117
	II. Personeller Anwendungsbereich	122
	III. Räumlicher Anwendungsbereich	123
B.	Erhöhte Markttransparenz gegenüber Aufsichtsbehörden und Marktteilnehmern	124
	I. Die Insiderinformationen im Energiegroßhandel: Verbesserte Markttransparenz gegenüber den Marktteilnehmern	124
	II. Verbesserung der Markttransparenz gegenüber den Aufsichtsbehörden	145
	III. Einrichtung einer nationalen Markttransparenzstelle ...	168
C.	Regeln und Maßnahmen gegen Marktmissbrauch	181
	I. Kapitalmarktrechtliche Instrumente im Wettbewerbsrecht	181
	II. Verbot des Insiderhandels	184
	III. Verbot der Marktmanipulation	204
D.	Der Sanktionsapparat zur REMIT	223
	I. Nationaler Sanktionsapparat	223
	II. Zweckmäßigkeit von Strafvorschriften im Wettbewerbsrecht	224

III. Sanktionierung von Verstößen gegen die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	226
IV. Die Sanktionen bei Verstößen gegen das Verbot der Marktmanipulation	229
V. Die Sanktionen bei Verstößen gegen das Verbot des Insiderhandels	232
VI. Ergebnis	235
VII. Die Beweislastverteilung bei der handelsgestützten Marktmanipulation	236
E. Die neue Aufgabenverteilung zwischen den Aufsichtsbehörden	240
I. Die Vereinbarkeit der Befugnisse der Europäischen Kommission mit dem Primärrecht	240
II. Die Rolle der ACER	250
III. Die neuen nationalen Aufsichtsstrukturen	258
§ 6 Überwachung und Regulierung der Einflussfaktoren auf den Strompreis	267
A. Einflussfaktor Emissionshandel	267
I. Die Entwicklungen des Emissionshandels	268
II. Die Aufsichtsarchitektur im Emissionshandel gegen Marktmissbrauch	275
III. Markttransparenz im Emissionshandel	282
IV. Auswirkungen der REMIT und Ausblick	285
B. Einflussfaktor EEG-Strom	287
I. Akuteller Stand	287
II. Die Vermarktung des EEG-Stroms durch die ÜNB	289
III. Maßnahmen zur Verbesserung der EEG-Stromvermarktung	292
IV. Transparenz und Aufsicht auf dem Markt für erneuerbaren Energien	298
V. Bewertung	300
VI. Auswirkungen der REMIT auf den EEG-Strom	301
§ 7 Zusammenfassung und Bewertung	303
A. Maßstab eines idealen Stromgroßhandels	303
B. Einheitlich sanktionierte Verbote von Marktmissbrauch	304
C. Verbesserte Markttransparenz gegenüber den Aufsichtsbehörden	305
D. Markttransparenz gegenüber den Marktteilnehmern	307

E. Wandel der Aufsichtsstrukturen	308
F. Einflussfaktoren auf den Strompreis	309
Sachverzeichnis	311

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII
§ 1 Wettbewerbskonforme Preisbildung auf dem Stromgroß-	
handelsmarkt	1
A. Der Großhandelspreis für Strom	1
B. Gang und Ziel der Untersuchung	2
§ 2 Die Wettbewerbssituation im Bereich Stromerzeugung/Strom-	
großhandel	5
A. Einführung in den Handel mit Strom	5
I. Handelsformen	6
II. Stand der Entwicklung der Märkte	7
III. Der Stromgroßhandel an der Börse	8
1. Terminbörse	8
2. Spotbörse	8
IV. Der OTC-Markt	9
V. Ergebnis	10
B. Erforderlicher ordnungspolitischer Rahmen	10
I. Ausgangslage	11
II. Leitbilder der Wettbewerbspolitik	12
1. Klassischer Liberalismus	12
2. Neoklassische Gleichgewichtstheorie	13
3. Die ordoliberalen Freiburger Schule	14
4. Chicago School of Antitrust	14
5. Harvard School	15
III. Schlussfolgerung	16
1. Auflösen überkommener Monopolstrukturen	16
2. Markttransparenz	16
3. Überwachungs- und Sanktionsapparat	17
C. Marktmissbrauch auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt	17
I. Preisbildung im Stromgroßhandel	17

II. Formen von Marktmissbrauch	19
1. Kapazitätszurückhaltung	19
2. Überhöhte Vorenthaltung von Strom als Regelenergie	20
3. Rückkauf bereits verkaufter Strommengen	21
4. Cross Trades	22
III. Rechtmäßige Gründe für Preise über dem Marktpreis ..	23
IV. Zwischenergebnis	24
D. Die Regelungen gegen Marktmissbrauch vor Erlass der REMIT	24
I. Der Terminhandel an der Börse	24
1. Die Überwachung der Börse nach dem Börsenrecht ..	25
2. Das Wertpapierhandelsrecht	25
a. Das Insiderhandelsverbot	26
aa. Strukturelle Diskrepanz zum Kapitalmarkt ...	26
bb. Unzureichende Offenlegungspflichten	26
b. Verbot der Marktmanipulation	27
II. Aufsicht des Spothandels an der Börse	28
1. Die Rolle des Spothandels und seine rechtliche Einord- nung	28
a. Die rechtliche Einordnung des Spothandels in das WpHG	28
b. Fälle der Marktmanipulation	28
aa. Informationsgestützte Marktmanipulation	28
bb. Handelsgestützte Marktmanipulation	30
cc. Handlungsgestützte Marktmanipulation	31
c. Zwischenergebnis	34
2. Auswirkungen der Verlegung des Spotmarktes nach Frankreich	34
III. Der Code of Conduct	35
IV. Bestimmungen gegen Marktmissbrauch am OTC-Markt ..	36
1. Alte Rechtslage	36
2. Erfordernis einer Aufsicht im OTC-Handel	37
V. Bewertung	38
E. Überprüfung der Wettbewerbsverhältnisse im Bereich Stromer- zeugung und Stromgroßhandel anhand des Kartellrechts ...	39
I. Der relevante Markt	40
1. Der sachlich relevante Markt	40
a. Abgrenzung zwischen Ersatzabsatzmarkt und Distri- butionsstufe	40
b. Einbezug des Regelenergiemarktes	42
c. Einbezug des EEG-Strommarktes	43

d. Zwischenergebnis	44
2. Räumlich relevanter Markt	44
II. Marktbeherrschung	46
1. Marktstruktur	46
a. Marktstruktur vor der Energiewende	46
b. Gegenwärtige und zukünftige Marktentwicklung	47
2. Gemeinschaftliche Unternehmensstrukturen	48
3. Marktanteile der Stromerzeugungsunternehmen	49
a. Hohe Marktanteile in der Vergangenheit	49
b. Aktuelle Entwicklungen	50
aa. Unternehmensindividuelle Strukturänderungen	50
bb. Wandel externer Marktbedingungen	52
c. Zwischenergebnis	53
4. Marktzutrittsschranken	53
a. Der Bau eines neuen Kraftwerkes	54
b. Marktkoppelungen	54
III. Bewertung	55
F. Tatsächliche Ausübung von Marktmissbrauch auf dem Stromgroßhandel	56
I. Argumente gegen den tatsächlichen Missbrauch von Marktmacht in Form der Kapazitätszurückhaltung	56
II. Bewertung	58
III. Geführte Verfahren wegen Marktmissbrauch	60
G. Würdigung	61
§ 3 Markttransparenz als Rechtfertigung einer Marktregulierung	63
A. Die Gewährleistungsverantwortung des Staates	63
B. Rechtfertigungsgründe für die Regulierung des Stromgroßhandels	64
I. Kategorien des Marktversagens	65
1. Natürliche Monopole	65
2. Öffentliche Güter	65
3. Externe Effekte	66
4. Informationsmängel	67
5. Verhinderung ruinösen Wettbewerbs	68
6. Zwischenergebnis	68
II. Sicherstellung der Versorgung mit Strom als Auslöser eines Zielkonfliktes	68
III. Ergebnis	69

C.	Transparenz im Horizontalverhältnis	69
I.	Das richtige Maß an Transparenz	69
II.	Theorie des Geheimwettbewerbs	70
III.	Gefahr von strategischen marktschädigenden Verhaltensweisen	71
IV.	Marktzutrittsschranke durch eine Mehrbelastung der Marktteilnehmer	71
V.	Ergebnis	72
D.	Kriterien für das richtige Maß an Transparenz	72
I.	Schutz eines bestimmten Rechtsgutes	72
II.	Marktstruktur und Art des betroffenen Produkts	73
III.	Differenzierung nach Wettbewerbs- oder Kontrollinformation	74
1.	Art der offenzulegenden Informationen	74
2.	Aktualität der Datenmeldung	75
3.	Anonymität der Marktteilnehmer und der von ihnen getätigten Transaktionen	75
IV.	Informationsbereitstellungsaufwand	75
V.	Art und Weise sowie Zeitpunkt der Informationsbereitstellung	76
VI.	Ergebnis	77
E.	Informationsasymmetrien auf dem Stromgroßhandel als Rechtfertigung der Marktregulierung	78
I.	Informationen zur Erzeugung und zum Verbrauch von Strom	78
1.	Gesetzliche Mitteilungspflichten aufgrund des Monitoring der Bundesnetzagentur	78
a.	Umfang der Mitteilungspflichten	78
b.	Bewertung	79
2.	Freiwillige Offenlegung von Daten	80
a.	Offenzulegende Daten	80
b.	Bewertung	81
3.	Weitere Mitteilungspflichten der Stromerzeuger	82
a.	Europäisches Recht	82
b.	Nationales Recht	82
4.	Kauf von Erzeugungsdaten	82
5.	Zwischenergebnis	83
II.	Veröffentlichungspflichten der Stromnetzbetreiber	84
1.	Publizitätspflichten aufgrund der Stromhandelsverordnung	84

2. Mitteilung der Anpassungen von Stromeinspeisungen und Stromabnahmen	85
3. Verordnung über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen	85
a. Veröffentlichungspflichten von netzrelevanten Daten	85
b. Meldung von Netzengpässen	87
4. Veröffentlichungspflichten bei der wettbewerbsrechtlichen Beschaffung von Regelenergie	87
a. Hintergrund	87
b. Umfang der Veröffentlichungspflichten	88
c. Zwischenergebnis	90
5. Monitoring der Bundesnetzagentur	90
6. Zwischenergebnis	90
III. Offenlegungspflichten handelsrelevanter Marktdaten	91
1. Publizitätspflichten bezüglich des Handels an der Börse	91
a. Transparenz auf dem Day-ahead-Markt am Spotmarkt	91
b. Informationen aus dem Intraday-Handel	91
c. Die Informationen aus dem Terminmarkt	92
2. Mitteilungspflichten im außerbörslichen Handel	92
a. Informationen zum OTC Spot- und Terminmarkt	92
b. Verbesserung der Transparenzverhältnisse durch das OTC-Clearing	92
3. Offenlegung von Transaktionsdaten	93
a. Offenlegungspflichten der Energieversorgungsunternehmen	93
b. Bewertung	93
c. Monitoring des Bundeskartellamtes	94
d. Das Transparenzgebot	94
e. Mitteilungspflichten gem. §§ 9, 10 WpHG	95
4. Zwischenergebnis	95
IV. Ergebnis	96
§ 4 Die Aufsichtsstrukturen im Stromgroßhandel	97
A. Das europäische Aufsichtswesen	97
I. Die Europäische Kommission	98
1. Aufgabenfelder der Kommission nach dem dritten Binnenmarktpaket	98
2. Bewertung der Rolle der Kommission	99
II. Die ACER	100
1. Zusammensetzung der Agentur	100
2. Aufgaben der Agentur	101

3. Vereinbarkeit der Agentur mit dem Gemeinschaftsrecht	102
a. Meroni-Doktrin	102
aa. Grundsätze der Meroni-Doktrin	102
bb. Vereinbarkeit der Stellung der Agentur mit den Meroni-Doktrin	103
b. Gewaltenteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten	104
aa. Zuweisung von Zuständigkeiten auf die ACER	104
bb. Ersetzung der Komitologieausschüsse durch die ACER	106
4. Bewertung der Machtstellung der ACER	107
B. Das nationale Aufsichtswesen	109
I. Die Bundesnetzagentur als zentrale Regulierungsbehörde	109
1. Aufgabenbereich	110
2. Personelle Strukturen der Bundesnetzagentur	111
3. Bewertung	111
II. Die Kartellbehörden in der Energiewirtschaft	111
1. Die personelle Ausstattung der Behörden	111
2. Aufgaben	112
3. Bewertung	112
III. Die Missbrauchsaufsicht an der Börse	113
1. Die Rolle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen im Stromgroßhandel	113
1. Die Börsenaufsicht	114
2. Die Aufsicht durch die Handelsüberwachungsstelle der Börse	114
a. Aufgaben	114
b. Einschätzung der Rolle der Handelsüberwachungsstelle	115
3. Verhältnis der Aufsichtsbehörden untereinander	115
IV. Bewertung der nationalen Aufsichtsstruktur	116
§ 5 Die REMIT	117
A. Reichweite der REMIT	117
I. Sachlicher Anwendungsbereich	117
1. Energiegroßhandelsprodukte im Sinne der Verordnung	118
a. Derivate und Verträge, gleichgültig wo und wie sie gehandelt werden	118
b. Ausgliederung von Verbrauchskapazitäten unter 600 GWh	119
c. CO ₂ -Zertifikate	120

2. Beschränkung des sachlichen Anwendungsbereichs . .	120
a. Umfang der Ausnahmeregelung	120
b. Bewertung	121
II. Personeller Anwendungsbereich	122
1. Einordnung als Marktteilnehmer	122
2. Erfassung nicht unionansässiger Handelsteilnehmer . .	123
III. Räumlicher Anwendungsbereich	123
B. Erhöhte Markttransparenz gegenüber Aufsichtsbehörden und Marktteilnehmern	124
I. Die Insiderinformationen im Energiegroßhandel: Verbesserte Markttransparenz gegenüber den Marktteilnehmern	124
1. Definition der Insiderinformation	125
a. Information im Sinne der Verordnung, die indirekt oder direkt ein oder mehrere Energiegroßhandelsprodukte betrifft	125
aa. Information im Sinne der VO (EG) Nr. 714/2009	125
bb. Information über die Kapazität und die Nutzung von Erzeugungsanlagen	126
cc. Preissensible veröffentlichungspflichtige Daten auf nationaler und Unionsebene	126
dd. Weitere entscheidungsrelevante Informationen . .	127
b. Eine nicht öffentlich bekannte, präzise Information	127
aa. Nicht öffentliche, bekannte Informationen	127
bb. Präzise Information	128
c. Preisbeeinflussungspotential	128
d. Zwischenergebnis	130
2. Zulässige Marktpraktiken	130
3. Beispiele von Insiderinformationen im Stromgroßhandel	131
a. Daten zum Erzeugungsbereich	132
aa. Prognose über die Erzeugung	133
bb. Tatsächliche Erzeugung	133
cc. Informationen über die Nichtverfügbarkeit von Erzeugungs- und Produktionseinheiten	134
dd. Weitere offenzulegende Informationen	135
ee. Bewertung	135
b. Daten zum Verbrauch	136
aa. Offenzulegende Daten	136
bb. Bewertung	136
c. Daten zur Übertragungsinfrastruktur und zur zonenübergreifenden Kapazität	137
aa. Änderungen der Übertragungsinfrastruktur . . .	138

bb. Nichtverfügbarkeit von Übertragungsinfrastruktur	138
cc. Schätzung, Angebot und Nutzung zonenübergreifender Kapazitäten, einschließlich Maßnahmen zum Engpassmanagement	139
d. Daten zur Regel- und Ausgleichsenergie	140
e. Bewertung	140
4. Die Ad-hoc-Publizitätspflicht	141
a. Umfang der Veröffentlichungspflichten	141
b. Umsetzung der Veröffentlichung der Daten	141
aa. Ort der Veröffentlichung	141
bb. Zeitpunkt der Veröffentlichung	142
c. Art und Weise der Veröffentlichung der Daten ...	143
d. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht	143
5. Bewertung	144
II. Verbesserung der Markttransparenz gegenüber den Aufsichtsbehörden	145
1. Gegenstand der Datenerhebung	145
a. Derivate	146
b. Standardisierte und nicht standardisierte Verträge ..	146
c. Ausnahmen	146
d. Insiderinformationen	147
e. Transparenz-Fundamentaldaten	147
2. Umfang der offenzulegenden Transaktionsdaten ..	148
a. Überblick	148
b. Berichte von Transaktionen einschließlich der Handelsaufträge am organisierten Markt („organised market reporting form“)	149
aa. Zum Zeitpunkt der Handelsauftragserteilung (Pre-trade information)	149
[1] Begründung	149
[2] Umfang der Daten	150
[a] Daten der Vertragsparteien	150
[b] Daten des Vertragstyps	151
[c] Angaben zum Handelsauftrag	152
[d] Daten zur Stromlieferung	152
bb. Zum Zeitpunkt der Transaktionsausführung ..	152
c. Berichte von Transaktionen bei standardisierten Verträgen oder standardisierten Transaktionen („standard reporting form“)	153
d. Berichte von Transaktionen bei nicht standardisierten Verträgen („non-standard reporting form“) ...	154
3. Meldeverfahren	155

a. Registered Reporting Mechanisms (RRM)	155
b. Regulated Information Services (RIS)	156
c. Transaktionen aufgrund nicht-standardisierter Verträge	157
4. Zeitpunkt der Datenmeldung	157
a. Standardisierte Verträge/standardisierter Transaktio- nen	158
b. Nicht-standardisierte Verträge	158
c. Daten gem. Art. 8 Abs. 5 REMIT und Transparenzin- formationen	159
5. Registrierung der Marktteilnehmer	159
6. Betriebstechnische Sicherheit der Daten	160
7. Parallele Meldepflichten aufgrund der EMIR	160
8. Belastung der Unternehmen in der Wirtschaft	161
a. Anforderungen an die Marktteilnehmer	161
b. Aufteilung der administrativen Belastung zur Bericht- erstattung	161
c. Die Einführung von Schwellenwerten für Unterneh- men mit geringem Handelsvolumen	162
aa. Keine Vorgaben in der REMIT	162
bb. Bewertung durch die ACER	163
d. Vermeidung von Doppelmeldepflichten	164
aa. Meldepflichten nach nationalem Recht	164
bb. Meldepflichten nach europäischem Recht	165
9. Bewertung	165
III. Einrichtung einer nationalen Markttransparenzstelle	168
1. Unionsrechtsmäßigkeit der nationalen Markttranspa- renzstelle	168
2. Besonderheiten der rein nationalen Markttransparenz- stelle	170
a. Funktion der Markttransparenzstelle	171
b. Adressaten der Mitteilungspflichten	173
c. Umfang der Mitteilungspflichten	173
d. Schwellenwerte im Bereich der Festlegungsbereiche	174
e. Zwischenergebnis	175
3. Mehrbelastung der Marktteilnehmer	175
a. Rückgriff auf bestehende Meldepflichten	175
b. Berücksichtigung vorhandener Datenquellen und Meldesysteme	177
c. Zwischenergebnis	178
4. Mehrwert einer nationalen Markttransparenzstelle	179
a. Überprüfung der Daten	179

b. Schwerpunktverschiebung bei der Beobachtung des Stromgroßhandels	179
c. Marktüberwachungs- Kooperationsplattform	180
5. Fazit	181
C. Regeln und Maßnahmen gegen Marktmissbrauch	181
I. Kapitalmarktrechtliche Instrumente im Wettbewerbsrecht	181
1. Unionsrechtliche Vorgaben	181
2. Sinn und Zweck der Annäherung ans Kapitalmarkt- recht	182
3. Auslegungsgrundsätze für die Bestimmungen der REMIT	183
II. Verbot des Insiderhandels	184
1. Anwendungsbereich	184
2. Fallgruppen	186
a. Das Erwerbs- und Veräußerungsverbot	186
aa. Erwerb oder Veräußerung von Energiegroßhan- delsprodukten	187
bb. Eigen- oder Fremdgeschäft	187
cc. Die Nutzung von Insiderinformationen	188
[1] Die Anforderungen an den Begriff der Nut- zung	188
[2] Kausaler Zusammenhang zwischen Insiderin- formationen und dem Erwerb/Veräußerung des Energiegroßhandelsprodukts	189
[3] Keine Nutzung von Insiderinformationen	189
dd. Unterlassen einer Transaktion aufgrund einer In- siderinformation	190
ee. Zwischenergebnis	191
b. Das Weitergabeverbot	191
aa. Die Weitergabe von Insiderinformationen an Dritte	191
[1] An Dritte	192
[2] Informationsgewinn für den Dritten	192
bb. Ohne Berechtigung des Insiders	193
cc. Zwischenergebnis	194
c. Empfehlungs- und Verleitungsverbot	194
aa. Für einen anderen/auf fremde Rechnung	195
bb. Herbeiführung eines Erfolgs	196
cc. Zwischenergebnis	197
3. Tatbestandsausschluss	197
a. Vorteilsgewinnung aus der Informationsverbreitung	198
b. Irreführungsabsicht	198

4. Signale für das Vorliegen von Insiderhandel	199
5. Ausnahmefälle	199
a. Sicherung des Netzbetriebes durch die Übertragungs- netzbetreiber	200
b. Erfüllung einer fällig gewordenen Verpflichtung	200
c. Wahrung geltender Vertragsverpflichtungen trotz un- vorhersehbarer Ausfälle wesentlicher Stromerzeu- gungsanlagen	201
aa. Enge Auslegung des Wortlautes	201
bb. Ausweitung der Ausnahme auf Weiterverteiler	202
d. Handeln unter nationalen Notfallvorschriften	203
6. Bewertung	203
III. Verbot der Marktmanipulation	204
1. Anwendbarkeit	204
2. Fallgruppen	205
a. Der Abschluss einer Transaktion oder das Erteilen eines Handelsauftrags	205
b. Erzeugung irreführender Signale, über das Angebot, die Nachfrage oder den Preis eines Energiegroßhandelsproduktes	206
aa. Tatbestandsvoraussetzungen	206
bb. Beispiele für Art. 2 Nr. 2 lit. a (i) i.V.m. Art. 5 REMIT	208
cc. Zwischenergebnis	208
c. Erzielung eines künstlichen Preisniveaus	208
aa. Tatbestandsvoraussetzungen	209
bb. Tatbestandsausschluss	210
[1] Legitime Gründe	210
[a] Abgrenzung vom Merkmal der zulässigen Marktpraxis	210
[b] Wortlaut	211
[2] Zulässige Marktpraxis	211
[a] Bereits anerkannte zulässige Marktpraktiken	212
[b] Energierechtsspezifische zulässige Markt- praktiken	213
cc. Beispiele für das (versuchte) Erzielen oder Erhal- ten eines künstlichen Preisniveaus	213
dd. Die physische Kapazitätszurückhaltung	214
[1] Der Fall der handelsgestützten Marktmanipulation	214

[2] Konsequenz der Erfassung der physischen Kapazitätszurückhaltung von dem Tatbestand der Marktmanipulation	215
ee. Zwischenergebnis	216
d. Vorspiegelung falscher Tatsachen oder Verwendung sonstiger Kunstgriffe oder Formen der Täuschung	216
aa. Tatbestandsvoraussetzungen	216
bb. Beispiele	217
cc. Zwischenergebnis	218
e. Die informationsgestützte Marktmanipulation	218
aa. Information	219
bb. Art der Informationsverbreitung	219
cc. Irreführungseignung	220
dd. Kenntnisstand der handelnden Marktteilnehmer	220
ee. Journalistenprivileg	221
ff. Beispiele informationsgestützter Marktmanipulation	221
gg. Zwischenergebnis	222
f. Versuch der Marktmanipulation	222
3. Bewertung	223
D. Der Sanktionsapparat zur REMIT	223
I. Nationaler Sanktionsapparat	223
II. Zweckmäßigkeit von Strafvorschriften im Wettbewerbsrecht	224
1. Vorgaben des Unionsrechtsetzers	224
2. Sanktionen im allgemeinen Wettbewerbsrecht	225
3. Mittel der Selbstkontrolle bei Verstößen gegen die REMIT	225
III. Sanktionierung von Verstößen gegen die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten	226
1. Harmonisierung mit den Bestimmungen der MAD ..	226
2. Bußgeldrahmen	227
a. Verstoß gegen die Ad-hoc-Pflicht in Art. 4 REMIT	227
b. Verstoß gegen die Mitteilungspflichten in Art. 8 REMIT	228
3. Strafrechtsrahmen	228
IV. Die Sanktionen bei Verstößen gegen das Verbot der Marktmanipulation	229
1. Harmonisierung mit den Sanktionen der MAD	230
2. Keine Ahndung des Versuchs der Marktmanipulation	230
3. Bußgeldrahmen	231
4. Strafrechtsrahmen	231

V. Die Sanktionen bei Verstößen gegen das Verbot des Insiderhandels	232
1. Harmonisierung mit den Sanktionen der MAD	233
2. Strafbarkeit des Versuchs des Insiderhandels	234
3. Bußgeld- und Strafmaßumfang	234
VI. Ergebnis	235
VII. Die Beweislastverteilung bei der handelsgestützten Marktmanipulation	236
1. Umsetzung der Beweislastumkehr im Kapitalmarktrecht	236
2. Bewertung der Beweislastumkehr für das Energierecht	237
a. Ausgestaltung der REMIT als Verordnung	237
b. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	237
c. Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz	239
3. Ergebnis	240
E. Die neue Aufgabenverteilung zwischen den Aufsichtsbehörden	240
I. Die Vereinbarkeit der Befugnisse der Europäischen Kommission mit dem Primärrecht	240
1. Aufgaben der Kommission nach REMIT	241
2. Befugnis zur delegierten Rechtssetzung	241
a. Unionsrechtlicher Wesentlichkeitsvorbehalt	242
aa. Argumente für das Vorliegen einer nicht wesentlichen Vorschrift	242
bb. Gründe für einen Verstoß gegen den unionsrechtlichen Wesentlichkeitsvorbehalt	243
cc. Zwischenergebnis	244
b. Delegationsumfang	244
c. Kontrolle über den Delegat	244
d. Ergebnis	245
3. Befugnis zum Erlass von Durchführungsrechtsakten	245
a. Festlegung der Meldedaten und der Meldemodalitäten	245
aa. Bedarf nach einer einheitlichen Regelung	245
bb. Einwirkungsmöglichkeit der Mitgliedstaaten	246
cc. Zwischenergebnis	247
b. Festlegung der Bagatellgrenzen für die Meldung von Transaktionen	247
aa. Drohende Belastung kleiner Marktteilnehmer	247
bb. Legislative Vorgaben in der Verordnung	248
cc. Zwischenergebnis	249
4. Bewertung der Befugnisse der Kommission	249

II. Die Rolle der ACER	250
1. Aufgaben der Agentur	250
2. Bewertung der Befugnisse der ACER nach primärrechtlichen Grundsätzen	251
a. Leitlinien- und Empfehlungsbefugnis	251
b. Die ACER als Marktüberwacher	251
aa. Vereinbarkeit mit den Meroni-Doktrin	251
bb. Zuständigkeitsverlust der Mitgliedsstaaten	252
[1] Wahrung des Subsidiaritätsprinzips	252
[2] Verbleibende Kompetenzen der Mitgliedsstaaten	253
c. Ermessensentscheidung über die Veröffentlichung von Informationen	253
aa. Vereinbarkeit mit den Meroni-Doktrin	254
[1] Ermessensentscheidung der Agentur	254
[2] Steuerungsmittel der Agentur	255
bb. Zwischenergebnis	256
d. Maßnahmen der Agentur zur Verfolgung mutmaßlicher Verstöße gegen die Verordnung	256
aa. Umfang der Befugnisse	256
bb. Bewertung	257
cc. Zwischenergebnis	257
3. Bewertung der Stellung der ACER im Aufsichtsapparat des Stromgroßhandels	257
III. Die neuen nationalen Aufsichtsstrukturen	258
1. Die Einrichtung der nationalen Markttransparenzstelle bei der Bundesnetzagentur	258
a. Das Bundeskartellamt	259
b. Die Bundesnetzagentur	260
aa. Europarechtliche Vorgaben	260
bb. Ermittlungskonzept & Personalausstattung	261
cc. Der Marktstrukturwandel durch die Energiewende	261
dd. Die Rolle der nationalen Regulierungsbehörde bei der Umsetzung der REMIT	262
c. Zwischenergebnis	263
2. Wandel der nationalen Aufsichtsstrukturen im Stromgroßhandel	263
3. Die Markttransparenzstelle als Datensammelstelle der zuständigen Aufsichtsbehörde	264
4. Ergebnis	266

§ 6 Überwachung und Regulierung der Einflussfaktoren auf den Strompreis	267
A. Einflussfaktor Emissionshandel	267
I. Die Entwicklungen des Emissionshandels	268
1. Entstehung des EU-Emissionshandelssystems	268
2. Bewertung der Vollversteigerung der CO ₂ -Zertifikate in der Energiewirtschaft im Hinblick auf die Strompreisentwicklung	269
3. Die Marktstruktur im EU-EHS	272
a. Handelsplätze	272
aa. Primärhandel	272
bb. Sekundärhandel	272
b. Die Marktteilnehmer auf dem Primär- und Sekundärhandel	272
c. Die Produkte	273
II. Die Aufsichtsarchitektur im Emissionshandel gegen Marktmissbrauch	275
1. Regelungen gegen Marktmissbrauch auf dem Primärhandel	275
a. Die Schutzregeln der Auktionsverordnung	275
b. Lücken im Aufsichtswesen des Primärhandels	275
aa. Die Fünf-Tage-Futures	275
bb. Die Zwei-Tage-Spot-Geschäfte	278
2. Die Aufsicht gegen Marktmissbrauch im Sekundärhandel	279
3. Fälle der Marktmanipulation im Emissionshandel	280
4. MiFID II und Marktmissbrauchsverordnung	281
III. Markttransparenz im Emissionshandel	282
1. Datenverfügbarkeit auf dem Primärhandel	282
2. Transparenz und Datenverfügbarkeit auf dem Sekundärhandel	283
3. Transparenzbestimmungen der Marktmissbrauchsverordnung	284
IV. Auswirkungen der REMIT und Ausblick	285
B. Einflussfaktor EEG-Strom	287
I. Akuteller Stand	287
II. Die Vermarktung des EEG-Stroms durch die ÜNB	289
1. Stromhändler ohne eigenes Absatzinteresse	289
a. Die Funktion der ÜNB auf dem Strommarkt	289
b. Wirtschaftliche Absicherung der ÜNB durch die EEG-Umlage	290

2. Bonuszahlung an die ÜNB	290
a. Funktionsweise des Bonusmodells	290
b. Ziel des Bonusmodells	291
c. Bewertung des Bonusmodells	291
III. Maßnahmen zur Verbesserung der EEG-Stromvermarktung	292
1. Vermarktung durch eine separate Gesellschaft der ÜNB	292
a. Zielsetzung des Gesetzgebers	292
b. Gemeinschaftliche Vermarktungsgesellschaft der vier ÜNB	293
2. Direktvermarktung durch Anlagenbetreiber und Marktumstrukturierung	294
3. Die Vermarktung des EEG-Stroms über weitere Märkte	296
a. Ausgangslage	296
b. Einbezug des Terminmarktes in die Vermarktung	297
c. Einbezug des Regenergiemarktes in die Vermarktung	297
IV. Transparenz und Aufsicht auf dem Markt für erneuerbaren Energien	298
1. Umfangreiche Datenverfügbarkeit bezüglich der Vermarktung der erneuerbaren Energien durch die ÜNB	298
2. Überwachung der ÜNB	299
V. Bewertung	300
VI. Auswirkungen der REMIT auf den EEG-Strom	301
§ 7 Zusammenfassung und Bewertung	303
A. Maßstab eines idealen Stromgroßhandels	303
B. Einheitlich sanktionierte Verbote von Marktmissbrauch	304
C. Verbesserte Markttransparenz gegenüber den Aufsichtsbehörden	305
D. Markttransparenz gegenüber den Marktteilnehmern	307
E. Wandel der Aufsichtsstrukturen	308
F. Einflussfaktoren auf den Strompreis	309
Sachverzeichnis	311